Dokumente fest, daß Deutschland im Laufe des letzten Dezembers 10 450 000 Tonnen Kohle produziert hat. Gemäß den in dem Protokoll vom 20. August ausgesprochenen Grundsätzen hätte Deutschland also an die alliierten Mächte 2 500 000 Tonnen liefern müssen, während es nur 600 000 Tonnen geliefert hat. Die im Monat Januar produzierte Menge ist wesentlich geringer gewesen, und der Vertreter der deutschen Regierung bei der Kohlenunterkommission in Essen hat amtlich erklärt, daß Deutschland nicht mehr als 750 000 Tonnen werde liefern können. Aber selbst diese Menge ist bis jetzt niemals geliefert worden.

Die Gründe, die man vorgebracht hat, um die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung zu rechtfertigen und die auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Staates hinweisen, können nicht als stichhaltig betrachtet werden gegenüber der Tatsache, daß Deutschland für sich selbst eine Quantität zurückbehält, die erheblich höher ist als die, die sie zur Ausführung ihrer Verpflichtungen benutzt. 60 Millionen Deutsche erhalten zurzeit monatlich 8 Millionen Tonnen Kohle, während Frankreich für seine Bevölkerung von 40 Millionen nur etwa 3 250 000 Tonnen monatlich erhält. Welches Recht kann Deutschland anführen, um günstiger gestellt zu sein als Frankreich, dessen Notlage lediglich auf die systematischen Verwüstungen zurückzuführen ist, die durch die deutsche Oberste Heeresleitung ohne militärische Notwendigkeit und mit dem bestimmten Ziele, die französischen Industrien zu ruinieren, befohlen worden sind. Die französische Regierung kann nicht zulassen, daß die deutsche Regierung in Nichtachtung ihrer Verpflichtungen und, obwohl sie dazu imstande wäre, die Lieferungen nicht ausführt, an denen Frankreich ein spezielles Interesse hat. Sie verlangt, daß Deutschland die übernommenen Verpflichtungen ausführt und ist entschlossen, die Rechte der französischen Nation geltend zu machen, die durch den Friedensvertrag sanktioniert sind.

Unter Bezugnahme auf § 429 des Friedensvertrages eröffnet die französische Regierung hiermit der deutschen Regierung, daß, wenn Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages nicht getreulich erfüllt hat, die Fristen für die Räumung des besetzten Gebietes noch nicht zu laufen begonnen haben, ferner, wenn es am 1. März 1920 in weiterer absichtlicher Nichterfüllung seiner Verpflichtungen an Frankreich nicht die noch rückständigen, bereits fälligen Lieferungen, sowie das volle Februarquantum geliefert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zu wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßregeln zu greifen, die sie als durch die Umstände geboten erachtet, wie das für solche Fälle der Vertrag besonders vorsieht. Die französische Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sie nicht gezwungen wird, andere Maßregeln gegen Deutschland zu ergreifen, wie sie das Protokoll vom 10. Januar 1920 und das Schreiben vom 23. Dezember 1919 als Bedingung für das Inkrafttreten des Friedensvertrages vorgesehen haben.

Die Stellung der deutschen Regierung

Hierzu wird von zuständiger Seite bemerkt: Die Kohlennote vom 8. Februar geht aus vom französischen Ministerpräsidenten und ist gerichtet an den deutschen Geschäftsträger. Für die Behandlung der Kohlenlieferungen aus dem Friedensvertrage ist lediglich der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Der französische Ministerpräsident hat sich mit dieser Note Befugnisse angemaßt, die ihm nicht zustehen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß die Note von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht und zu falschen Schlußfolgerungen gelangt.

Die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus dem Versailler Protokoll vom 20. August 1919 sind in der Note sachlich unrichtig wiedergegeben. Deutschland hat in dem Protokoll lediglich erklärt, mit der Lieferung von Kohlen an die alliierten und assoziierten Mächte sogleich beginnen zu wollen. Bestimmte Mengen Kohlen zu liefern, hat Deutschland in dem Protokoll nicht versprochen. Als Gegenleistung für diese durchaus freiwillige Vorlieferung von Kohle hat das damalige Organisationskomitee in Aussicht gestellt, dem Wiedergutmachungsausschuß nach seinem Wiederzusammentritt vorzuschlagen, daß Deutschland auf der Grundlage einer gesamten deutschen Erzeugung von 9 Millionen Tonnen Steinkohle im Monat 1 660 000 Tonnen monatlich an die Entente liefern soll, und zwar bis zum 30. April 1920. Dies ist eine einseitige Erklärung der alliierten Mächte, mit welcher eine Ermäßigung der im Friedensvertrage an sich vorgesehenen Gesamtmenge bis zum 30. April sichergestellt werden sollte. Der Wiedergutmachungsausschuß hat diese Erklärung der deutschen Regierung gegenüber erst durch die Note vom 30. Januar 1920 bestätigt. Da nach § 10 des Anhanges 5 zu Teil 8 des Friedensvertrages die Anforderung seitens des Wiedergutmachungsausschusses und eine bestimmte vertragsmäßig festgesetzte Ankündigungsfrist für den Beginn der Pflichtlieferungen entscheidend sind, folgt aus vorstehendem, daß eine Verpflichtung zur Lieferung bestimmter Mengen bisher nicht besteht. Die bisherigen Kohlenbelieferungen sind als durchaus freiwillige zu betrachten und es kann deshalb auch kein Vorwurf gegen Deutschland daraus hergeleitet werden, daß bestimmte Mengen nicht erreicht worden sind. Hätte Deutschland diese freiwilligen Lieferungen nicht übernommen, so hätte es die bisher an die Entente gelieferten Kohlen seinem eigenen schwer leidenden Wirtschaftsleben zuführen können. Statt dessen hat es sich dieser Kohlenmengen entäußert, um sie zur Wiedergutmachung zu verwenden. Schließlich ist auch hervorzuheben, daß der Hinweis auf die Vergeltungsmaßregeln, die nach dem Vertrage nur im Falle vorsätzlicher Nichterfüllung der Verpflichtungen in Fragen kommen können, sowie auch eine Aenderung des Artikels 429 des Friedensvertrages, der die Räumungsfristen für die besetzten Gebiete regelt, nicht verständlich erscheint. Auch für die Beurteilung dieser Fragen ist nicht die französische Regierung, sondern nur der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Es ist nicht einzusehen, wie der Wiedergutmachungsausschuß Anlaß finden könnte, derartige Maßregeln in Erwägung zu ziehen.

Millerand zur Auslieferung

Genf, 11. Februar. Nach Pariser Meldungen nahm Millerand im Kammerausschuß für Auswärtiges am Montag nochmals Stellung zur Auslieferungsfrage. Er betonte das moralische Recht der Alliierten, Sühne für die deutschen Verbrechen ohne Ansehen der Person und des Standes des Beschuldigten zu verlangen. Man werde Verhandlungen mit Deutschland nicht ablehnen. Der Ministerpräsident sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen mit Deutschland davon überzeugen würden, daß die Prozesse gegen die Schuldigen unvermeidlich seien. Auf die Prozesse zu verzichten, gedächten die Alliierten in keinem Falle. Die einstündigen Ausführungen des Ministers fanden keinen Widerspruch. Die Sozialisten zogen ihre Interpellationsanfragen in der Auslieferungsfrage zurück.

Bern, 11. Februar. Millerand hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß infolge der Nichtbefolgung des Friedensvertrages von Versailles das Datum, von dem an die Frist zur Räumung der Rheinlande bemessen ist, auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wurde.

Wilson gegen die Auslieferung

Paris, 11. Februar. Nach einer Radiomeldung aus Washington soll Präsident Wilson die Absicht haben, dem deutschen Kronprinzen auf sein Telegramm zu antworten. Im Weißen Hause glaubt man, daß Wilson die Gelegenheit benutzen wird, um öffentlich zu erklären, daß er sich energisch jeder Handlung widersetzen werde, die das Ziel habe, die Auslieferung zur Aburteilung aller deutschen Militär- wie Zivilpersonen zu erlangen.

Wichtige Beschlüsse des Reichsparteitages

Bauern und Arbeiter. Aus Vertretern der Landwirtschaft, der Arbeiter- und Beamtenschaft ist ein Ausschuß zu bilden, der die Aufgabe haben soll, die gemeinsamen volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Probleme zu erörtern und dem Parteivorstand Vorschläge zur praktischen Wirtschaftspolitik zu unterbreiten. Insbesondere sollen sofort Werbe- und Aufklärungsausschüsse in allen Ländern und Provinzen errichtet werden, die die Aufgabe haben, in Stadt und Land auf die Zentrumswähler ausgleichend zu wirken und sie in das Verständnis der vorliegenden politischen Fragen der Gegenwart einzuführen.

Zur Auslieferung des Kaisers

Rotterdam, 11. Februar. „Morning Post" meldet aus Paris: In der Auslieferungsforderung an Holland in Sachen der Aburteilung Wilhelms II. ist die Entscheidung am Montag gefallen. Einstimmig hat der Hohe Rat die Aufrechterhaltung der Auslieferungsforderung beschlossen. Nach dem „Evening Standard" wird in der neuen Note an Holland an das Gerechtigkeitsgefühl (!) der holländischen Regierung appelliert. Der Streitfall soll strikt in den Grenzen des Rechtsmäßigen gehalten werden, und man wird versuchen, die holländische Regierung zu überzeugen, daß die Alliierten das Recht (!) haben, der Persönlichkeit Wilhelms II. im Interesse des Weltfriedens habhaft zu werden.

Genf, 11. Februar. Dem „Temps" zufolge lautet die Anklage gegen Wilhelm II. auf mehr als 30 Einzelbeschuldigungen. Die Anklage wegen Mordes wurde nicht erhoben, aber die Anklage auf Aufforderung zum Mord von Zivilpersonen. Die Anklageschrift gegen den Kaiser umfaßt 100 eng beschriebene Maschinenseiten.

Der feste Standpunkt der preußischen Regierung

Berlin, 11. Februar. An die preußische Staatsregierung gelangen dauernd aus allen Teilen des Landes und aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung Bitten, sich energisch gegen das Auslieferungsbegehren der Entente auszusprechen. Die Stellung der preußischen Regierung ist festgelegt durch die Erklärung, die der preußische Minister des Innern am 5. Februar im Reichsrate abgegeben hat und die von diesem angenommen worden ist. Diese Erklärung lautet: Der Reichsrat, als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder, bekennt sich zu dem heute kundgegebenen Standpunkte der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung Deutscher an die Entente. Der Reichsrat, weit entfernt, gesetzlich strafbare Taten einer ordentlichen Untersuchung und Ahndung vor deutschen Gerichten entziehen zu wollen, teilt die Empörung des deutschen Volkes über die Zumutung der Entente, ihr Hunderte deutscher Männer auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei entschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen der Entente für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen die dem deutschen Volke angetane Schmach an den Gerechtigkeitssinn der Welt. Es hat sich inzwischen nichts ereignet, was die preußische Regierung bewegen könnte, von diesem Standpunkte abzugehen.

Breslau, 11. Februar. Oberpräsident Philipp brachte, zugleich im Namen des Regierungspräsidenten und des Polizeipräsidenten von Breslau, dem Minister des Innern zur Weiterleitung an die Reichsregierung eine Entschließung der höheren, mittleren und unteren Beamten und Angestellten ihrer Behörden zur Kenntnis. Die genannten Beamten lehnen jede Mitwirkung bei der Durchführung des Auslieferungsbegehrens ab, da keine Dienstpflicht sie zu ehrlosem Handeln zwingen kann.

Die deutsche Gegenliste

Berlin, 11. Februar. Wie das „B. T." von zuständiger amtlicher Stelle erfährt, ist die Liste der von der deutschen Regierung wegen völkerrechtswidriger und unmenschlicher Handlungen beschuldigten Angehörigen der Ententemächte bereits fertiggestellt und gedruckt. Ihre Veröffentlichung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Erzberger über die Auslieferungsfrage

Berlin, 11. Februar. Bei einer dem Vertreter der „Chicago Tribune" gewährten Unterredung äußerte sich der Reichsfinanzminister Erzberger über die Auslieferungsfrage: Wie für die jetzige Regierung, so wird es für jede nur denkbare andere Regierung in Deutschland in dieser Frage nur ein einziges Unmöglich geben. Keine Regierung kann gegen den geschlossenen Willen eines ganzen Volkes irgendeine Maßnahme durchführen. Man hat uns einen Frieden aufgezwungen von solcher ungeheuren Schwere, wie noch kein Volk der Welt ihn auf sich nehmen mußte. Selbst bis aufs äußerste durch den Krieg erschöpft, haben wir trotzdem die wirtschaftlichen Leistungen, so barbarisch hart sie sind, in einem Umfange bisher durchgeführt, der die Welt in Staunen setzen müßte. Beträgt doch der Wert unserer wirtschaftlichen Leistungen an die Entente nicht weniger als 44 Milliarden Mk. In der Auslieferungsfrage liegt eine Forderung vor, die einfach nicht erfüllt werden kann. Es würde auch die formelle Möglichkeit zum Vorgehen fehlen. Wir haben uns bereit erklärt, die Personen, denen wirkliche Kriegsverbrechen nachgewiesen werden können, vor einem Gerichtshofe zur Verantwortung zu ziehen und haben der Entente dabei die Möglichkeit gegeben, sich von der vollkommenen Objektivität in der Behandlung dieser Angelegenheit zu überzeugen. Wenn die Entente sich darauf nicht einlassen wollte, so muß sie den Anschein erwecken, als ob es ihr überhaupt nicht so sehr um ein objektives Urteil in der Schuldfrage, als vielmehr um eine Befriedigung maßloser Rachegefühle zu tun sei. Das Verlangen der Entente richtet sich gegen alles hergebrachte Recht. Es ist keine Gegenseitigkeit geboten, keine objektive Schuldfestsetzung verbürgt. Das aber widerspricht dem Rechtsempfinden und dem Rechtsbewußtsein aller zivilisierten Nationen.

Lloyd George über Rußland

London, 11. Februar. (Reuter.) Im Unterhause behandelte Lloyd George bei der Besprechung der Adresse auf die Thronrede in der Hauptsache Fragen innerer Art und wies darauf hin, daß das Budget für 1919/20 günstig ausfallen werde. Er beschränkte sich bei seiner Erklärung über die auswärtigen Angelegenheiten auf Rußland, verteidigte die Politik der russischen Regierung und legte Nachdruck darauf, daß Europa nicht wieder hergestellt werden könne, bevor die russischen Hilfsquellen wieder zur Verfügung ständen. Es sei deutlich, daß der Bolschewismus nicht durch Waffengewalt vernichtet werden könne. Er befürchte keinen militärischen Einfall des Bolschewismus weder im Westen noch im mittleren Osten. Unter Bezug auf den Vorschlag des Friedensschlusses mit den Bolschewisten wiederholte Lloyd George, bevor die Regierung, die Rußland verwalte, die barbarische Methode aufgegeben habe und auf zivilisierte Weise regiere, werde kein zivilisiertes Gemeinwesen in der Welt geneigt sein, unmittelbar Frieden zu schließen. Es bestehe gegenwärtig keine Regierung, die das Recht habe, für ganz Rußland zu sprechen. Der einzige übrig bleibende Weg sei, Rußland durch den Handel zu retten, was einen beruhigenden Einfluß haben würde. Zur Lage in Irland, wo die feigsten und verächtlichsten Morde begangen würden, sagte Lloyd George: Kann unter diesen Umständen die englische Truppe aus Irland zurückberufen werden? So lange die Regierung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Irland verantwortlich ist, muß sie ihre Pflicht tun.

Amsterdam, 11. Februar. Die „Times" schreiben zur Rede Lloyd Georges, die Nation habe aufgehört, ihm und seinen Anhängern Vertrauen entgegenzubringen. So sehr auch Personen verschiedener politischer Richtungen in fundamentalen Fragen anderer Meinung seien als Asquith, so wolle man ihn doch wieder im Parlament sehen und hoffe, daß die Wähler von Paisley diese allerseits gehegte Hoffnung nicht enttäuschen. Diese Aeußerungen des Blattes sind auffallend, wenn man bedenkt, daß der Fall Asquith und seine Ersetzung durch Lloyd George im November 1916 hauptsächlich das Werk der von den „Times" geführten Fehde war.

Amsterdam, 11. Februar. Der „Telegraaf" meldet: Nach der Debatte im Unterhause über die Adresse auf die Thronrede gab der Minister des Aeußeren Lord Curzon eine ausführliche Uebersicht über die Lage im Auslande, worin er über den Völkerbund, die Haltung Amerikas und den Vertrag mit der Türkei sprach. Er teilte mit, daß der Brief Greys betreffend die Haltung Amerikas gegenüber dem Völkerbunde nicht von der Regierung veranlaßt worden sei, Lord Curzon sagte jedoch, daß er Lord Grey für seine Aktion dankbar sei. Er sei mit der größten Besorgnis über die Lage im Osten erfüllt. Die Uebereinkunft mit den alliierten Mächten zur Beschleunigung des Krieges sei in ihren Folgen sehr enttäuschend und hindernd gewesen, und ohne ein absprechendes Urteil zu fällen, lege er jedoch den Nachdruck darauf, daß dies eine Warnung gegen Versuche sei, in Zukunft ähnliche Fragen von neuem aufs Tapet zu bringen. Ein enges Zusammenarbeiten mit den Alliierten, vor allem mit Frankreich, sei notwendig, da England und Frankreich die natürlichen Wächter des Schicksals im nahen Osten seien. Lord Curzon sprach die Hoffnung aus, daß keine Aktion von einer der interessierten Parteien zugelassen werden solle, die der ehrlichen Gesinnung des freundschaftlichen Zusammenwirkens, das alle beseelen müsse, schaden könnte.

Der Ententevertreter in Danzig

Danzig, 11. Februar. Heute vormittag traf der Vertreter der verbündeten Regierungen in Danzig Reginald Tower, von Paris kommend, hier ein. Oberbürgermeister Sahm hieß ihn namens der Stadt willkommen. Der Oberkommissar antwortete in deutscher Sprache und gab seiner großen Freude Ausdruck, im Auftrage der alliierten Mächte die Verwaltung der Stadt zu übernehmen. Er hob hervor, daß seine Bemühungen nur dann den erwünschten Erfolg haben könnten, wenn er auch die wohlwollende Unterstützung eines jeden Bürgers erhoffen könne. Es unterliege keinem Zweifel, daß, so lange das Volk in gemeinsamer Arbeit seine ganze Energie und Tatkraft allein dem friedlichen Ziele seiner wirtschaftlichen Entwicklung widme, die Zukunft einen neuen und glorreichen Zeitabschnitt in der Danziger Geschichte eröffnen werde.

Rosa-Marina

Roman von Melati van Java

Aus dem Holländischen übersetzt von Leo Tepe van Heemstede

(40. Fortsetzung.)

Jungfer Bol machte sich allerlei an dem Kaffeetisch zu tun und spitzte dabei ihre großen Ohren.

Doktor Abrichem, dies bemerkend, befahl ihr aber, um sie aus dem Zimmer zu entfernen, für den Besuch eine Pastete zu bereiten.

„Eine nette Bescherung! Der Doktor hat leicht bestellen und fragt nicht, wieviel Zeit ist nötig, um eine Pastete zu machen. Das ist ein englisches Gericht, Herr Frank, und muß drei Stunden lang im Ofen stehen."

„Na, macht denn nur Schinken und Eier, und damit gut."

„Wenn Sie mich aus dem Zimmer haben wollen, warum sagen Sie es nicht gerade heraus? Ich bin gar nicht neugierig und mische mich nicht in andermanns Sachen, wenn Sie sich das nur merken wollen, und Berta ist heute morgen weggeblieben, das wollte ich Ihnen auch noch sagen, und ich hatte es nicht länger mehr bei Ihnen aus. Von morgens früh bis abends spät muß man sich abrackern, keinen Augenblick hat man Ruhe, und dann noch ein unfreundliches Gesicht dazu und grobe Worte. Da haben es die Haushälterinnen in Amsterdam tausendmal besser, fragen Sie nur Ihren Herrn Neffen, ich spiele nicht länger mit . . . ."

„Ist die Schinkenomelette fertig?"

„Jetzt wieder Omelette! Der Doktor weiß selbst nicht, was er will."

Der Doktor blickte mit seinen kalten, strengen Augen die Haushälterin an und verfolgte sie so lange mit seinem Blick, bis sie sich in ziemlich kleinlauter Weise zurückzog, die Türe laut hinter sich zuwerfend.

„Onkel, ich finde, daß deine Haushälterin Fortschritte und Rückschritte gemacht hat," sagte Frank lächelnd.

„Wieso?"

„Fortschritte in liebenswürdiger Beredsamkeit, Rückschritte in der gebührenden Ehrfurcht."

„Nun ja, sie wird alt, und es wird ihr je länger, je schwerer, ihre kleinen Flügeladjutanten zu tyrannisieren, denn im ganzen Dorfe ist sie als Xantippe verschrien. Na, ich habe die Last und die Lust davon zu tragen, und weiter niemand. Aber gib mir jetzt erst einmal eine Antwort auf meine Frage: Wie geht es deiner Frau?"

„Hast du denn gar nichts davon erfahren, Onkel?"

„Wovon?"

„Na, daß . . . daß sie mir fortgelaufen ist, mich verlassen hat!"

„Dich verlassen! Ja, wie sollt ich das wissen? Deine Mutter schreibt mir zweimal im Jahre: zu meinem Namenstag und dann zu Neujahr. Zum Namenstag schrieb sie mir, daß du dich wieder auf die Reise gemacht habest und daß sie seit deiner Ehe ohne Nachricht von dir sei, und den Neujahrsbrief habe ich natürlich noch nicht erhalten. Also fortgegangen ist sie, sagtest du, und weshalb?"

„Weil es ihr nicht länger mehr paßte, mir als Modell zu stehen!"

„Paßte ihr das nicht? So? Das gefällt mir wieder an ihr. Aber erzähle mir alles."

„Ach, Onkel, es ist eine lange Geschichte, und ich bin nie ein Freund von vielen Worten gewesen, aber ich sitze gehörig in der Patsche, und deshalb komme ich zu dir. Du hast mich in so eindringlicher Weise gewarnt, ehe ich den dummen Streich beginn, und nun weiß ich niemand, der mir raten könnte."

„Ei, mein Bester, du hast entschieden Fortschritte gemacht; du bekennst deine Schuld und fragst um Rat, lauter konventionelle, banale Dinge, aber nach meiner altmodischen Auffassung der Anfang der Weisheit. Also bekenne nur, ich bin ganz Ohr."

Frank erzählte in aller Kürze, was zwischen ihm und Rose-Marie vorgefallen war, von ihrem Aufenthalt in der Residenz, ihrer Flucht, seiner Rückkehr nach Amsterdam, ihrem Wiedersehen unter so eigentümlichen Umständen, den Forderungen, welche sie stellte, und den Schwierigkeiten, worin sie sich jetzt befand.

Aber wie kurz er sich auch fassen mochte, immer wieder wurde seine Erzählung durch die Klingel an der Haustür unterbrochen, fortwährend kamen neue Patienten, um den Doktor abzurufen und ihm ihre Nöten zu klagen. Jungfer Bol kam herein und brachte den Eierkuchen, indem sie gegenüber Frank ihrem Herzen von neuem Luft machte über die Eigentümlichkeiten des Doktor, der seine Sprechstunde gerade während des zweiten Frühstücks abhielt, wodurch sich dieses unendlich in die Länge zog.

Beim Eintreten ihres Herrn schlich sie still davon; der Doktor nahm seine Serviette, bediente sich und sah Frank fragend an, der darauf seine Erzählung fortsetzte. Sein Onkel nickte hin und wieder beifällig mit dem Kopfe.

„Ein braves Mädchen, ein tüchtiges Weibchen! Junge, du sollst dem lieben Gott wohl auf beiden Knien danken, daß dir deine tolle Laune eine solche Frau zugeführt hat. Da ist Kern und Charakter darin, und wenn du diese Eigenschaften zu würdigen weißt, dann bist du der einzige, dem man Glück wünschen kann. Ich habe es dir ja gesagt, die Seele kommt sich früher oder später, das hast du jetzt erfahren. Was willst du nun tun?"

„Ich weiß es nicht, Onkel; ich möchte dich gerade fragen, was ich tun soll."

„Du sorgst dafür, daß sie den Dienst verläßt; sie muß zuerst kündigen und nicht deine Schwester, und dann bringst du sie in ein gutes Pensionat unter Leitung einer verständigen Dame. Du bezahlst das Kostgeld, und um dieses zu erschwingen, arbeitest du Tag und Nacht, wenn es sein muß. Du lässest sie ein Jahr oder zwei, solange es nötig ist, dort, und dann stellst du sie deiner Mutter und deinen Schwestern vor. Wenn sie dann hören und sehen, daß die junge Frau van Heeren und Marie, das Zweitmädchen der Frau Sandkery, eine und die nämliche Person ist, so macht es weiter nichts aus. Das ist ja gewissermaßen interessant, aber bald vergessen, und du beträgst dich ferner wie ein vernünftiger Ehemann und lässest dich von deinem Weibchen auf den Händen tragen."

„Auf den Händen tragen?" — seine Stimme klang bitter — „dazu ist an erster Stelle erforderlich, daß sie mich lieb hat, und das ist gar nicht der Fall. Sie hat mich nur geheiratet, um aus ihrer mißlichen Lage herauszukommen, und sie läßt mich das oft genug fühlen. Sie ist so gut und wird daher nichts tun, woraus ich ihr einen Vorwurf machen könnte, aber im übrigen ist nichts zwischen uns gemein."

(Fortsetzung folgt.)